Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1924

13.8.1924 (No. 187)

Visual Library

№ 187 Mittwoch, den 13. August 1924 167. Jahrgang

Expedition: Karlfriedrich-Straße Nr. 14
Fernsprecher: Nr. 953 und 954
Postscheckkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: J. V.: C. A. Seyfried Karlsruhe

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert monatlich 2,60 Goldmark. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstags 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tariffester Rabatt, der als Kassenrabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlfriedrichstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, zwangsweiser Beitreibung und Konkursverfahren fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperre, Aussperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in denen unserer Lieferanten, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsschluß erfolgen.

Frankreichs militärische Umtriebe

in englischer u. schwedischer Beleuchtung

„Svenska Dagbladet" hat kürzlich Äußerungen des englischen „New Statesman" über Frankreichs Gefährlichkeit zum Gegenstande einer so eingehenden und sachlichen militärischen Betrachtung gemacht, daß der Hauptinhalt des **„Es wird weiter gerüstet"** betitelten Artikels hier wiedergegeben sei. „Svenska Dagbladet" sagt u. a.:

Auf der ersten Seite in der Nummer von „The New Statesman", die gleich nach Eröffnung der Londoner Konferenz herausgekommen ist, werden die aufrichtigen Worte über das Verhältnis zwischen England und Frankreich ausgesprochen, die man in 50 Kommuniqués während der vergangenen Jahre proklamiert hat — und die ausgeblieben sind. Es heißt: „In fast allem, was von grundlegender Bedeutung ist, sind die Franzosen die stärksten und gefährlichsten unserer gegenwärtigen Feinde, und bis man dieses vollkommen unzweifelhafte Faktum nicht anerkennt, und ihm ins Auge sieht, wird für Frankreich und England keine Möglichkeit bestehen, wieder Freunde zu werden, was eines Tages vielleicht dennoch geschehen kann."

„The New Statesman" steht bekanntlich den führenden Kreisen der Arbeiterpartei sehr nahe, ist jedoch keineswegs irgend ein offizielles Parteiorgan, weshalb er frei sprechen kann — im Gegensatz zu Mr. Henderson, der vor einigen Monaten seine Zunge nicht im Zaume hielt, sondern seine aufrichtige Meinung über den Frieden von Versailles zu sagen wagte, was später offiziell wegdisputiert wurde. Die Äußerungen der Zeitschrift eröffnen deshalb viele der Gedanken, die die führenden Kreise Englands bewegen und auf die Geschehnisse einwirken, ohne deshalb öffentlich als Motiv angeführt zu werden. Zu den Ursachen zu solchen Gefühlen und Besorgnissen, die sich in den zitierten Äußerungen widerspiegeln, gehört der Anblick der **französischen Hegemonie in Europa.** Man fühlt sich in England auf jede Art und Weise wieder vor dem Frankreich Napoleons I. stehen, und man folgt mit Unruhe und beinahe mit Angst z. B. der erfolgreichen Arbeit der französischen Außenpolitik an der Organisation der Kleinen Entente in den letzten 2 Jahren, die mit französischen Hilfsmitteln vorgenommen worden sind, werden aufmerksam verfolgt.

Auch die **Waffenfabrikation,** die direkt oder indirekt im Dienste der französischen Politik steht, ist hierbei ein hervortretender Faktor. Unleugbar gibt es hierbei auch für die Wächter in England besonders viel zu beobachten. Die Symptome tauchen auch an sehr unerwarteten Stellen in der Welt auf. Eine der letzten Neuigkeiten kommt von Korea. Reuter berichtet nämlich aus Fusan über eine Vereinbarung zwischen einer dortigen Gesellschaft und der koreanischen, d. h. der japanischen Regierung, betr. **Anfertigung von Militärflugzeugen.** Die Sache an und für sich ist nicht so bemerkenswert wie der Umstand, **daß französisches Kapital** die Maßnahme ermöglicht. Indessen liegen die bedeutungsvolleren Ursachenquellen viel näher. Vor einigen Tagen hatte das offizielle Organ der Arbeiterpartei „Daily Herald" ein sehr bemerkenswertes Interview mit dem bekannten E. D. Morel über die im höchsten Grade umfassende Fabrikation von Waffen und anderem Kriegsmaterial, die bei den Skodawerken in Pilsen, Böhmen, die jetzt mit den **französischen Creusotwerken** aufs Engste verbunden sind, vor sich geht. Die weltbekannte Firma Creusot-Schneider besitzt jetzt nämlich ¾ der Aktien der Skodawerke in einem Wert, der nach den gegenwärtigen Währungsverhältnissen bis auf über 150 Millionen Franken berechnet wird. Durch seine Macht über diesen unerhörten Komplex von Waffenfabriken, die jetzt **hauptsächlich von Franzosen** geleitet werden, hat Frankreich einen außerordentlich starken Einfluß auf Tschechoslowakiens ganzes Militärwesen. Die Herstellungskapazität der Anlagen entspricht dem Maße, in welchem die Mächte der kleinen Entente Kriegsmaterial einkaufen. Die großen Darlehen, die Frankreich den Mächten der Kleinen Entente, hauptsächlich für Rüstungen, gegeben hat, sind bekannt. Morel berechnet, daß bis zu Anfang d. J. Jugoslavien Feldartillerie, Gewehre usw. für 1740 Millionen Franken und Aroplans, militärische Transportautomobile usw. für 300 Millionen eingekauft hat. Rumänien kaufte während des letzten Jahres schwerere und leichtere Artillerie bis zu einem Wert von 70 Millionen und Flugzeuge für 20 Millionen. Ein höchst bedeutender Teil der bei Schluß des Krieges der Entente ausgelieferten österreichischen militärischen Vorräte verschiedener Art scheint auch unter den Auspizien der Botschafterkonferenz an die neuerrichteten Sukzessionsstaaten verkauft worden zu sein.

Schon die große Kriegsbereitschaft, die Frankreichs eigene militärische Hilfsquellen ermöglichten, erweckt **unangenehme Gefühle in England,** aber diese werden wesentlich verstärkt durch das, was man als zielbewußtes französisches **Organisieren bedeutender Teile von Europa zu militärischen Kraftzentralen im Dienste der französischen Politik** ansieht. Die Aufstellung der schwarzen Armeen des französischen Afrikas ist ebenfalls ein bedeutender Faktor in dem Komplex, der England belästigt. Die eigentümliche Schwäche der englischen Politik gegenüber Frankreich — oder Poincaré —, die Europa während der letzten Jahre erlebt hat, und die die Schadenersatzfrage und alles, was damit zusammenhängt, verschlimmert hat, kann zu nicht geringem Teil ganz einfach auf die französische militärische Machtstellung zurückgeführt werden.

Es kann auch angenommen werden, daß die vorsichtige Haltung, die die englische Regierung zu großer Verwunderung von vielen Seiten dem vorgeschlagenen Garantievertrage des Völkerbundes gegenüber eingenommen hat, in Besorgnis über die französische Politik und die sehr starke Beeinflussung begründet ist, die diese auf **den Völkerbund** hat gewinnen können. Während der englische Einfluß bei der ersten Bundesversammlung vorherrschend war, **ist seitdem der englische Einfluß zurück- und der französische im selben Maße vorwärtsgegangen.** Auch da in England, wo man sich am stärksten zum Völkerbund bekennt und weihevolle Gelübte für seine Unterstützung ablegt, scheint man sich mit Rücksicht auf den französischen Einfluß auf unsicherem Boden zu fühlen.

Die Londoner Konferenz

Die militärische Räumung

Aus London kommen optimistischere Nachrichten. Dortige Blätter erklären eine **Einigung** möglicherweise für bald bevorstehend, so daß die Konferenz frühestens Samstag ihr Ende erreichen könnte. Doch sind offenbar noch eine Reihe von Fragen völlig in der Schwebe. Von einem **Nachgeben Frankreichs** in der **Räumungsfrage** weiß der Pariser „Intransigeant" zu berichten:

In einer Unterredung zwischen Herriot, Macdonald, Marx und Dr. Stresemann seien die **Grundlinien für die militärische Räumung der Ruhr** festgelegt worden. In unterrichteten Kreisen sei man der festen Überzeugung, daß die Ruhr zum **31. Dezember 1924** nicht nur von den zivilen Besatzungsbehörden, sondern auch von den **Truppen** völlig geräumt sein werde. Auch das Blatt „Paris-Soir" gibt der Überzeugung Ausdruck, daß die Konferenz an der Frage der Ruhr nicht mehr scheitern werde. Von dem Augenblick an, wo man auf die Politik der produktiven Ausbeutung des Pfandes verzichtet habe, sei es unmöglich gewesen, sich auf die Aufrechterhaltung der militärischen Besatzung zu versteifen. Nachdem Poincaré wiederholt erklärt habe, daß die französischen Truppen lediglich zum Schutze der Ingenieure an der Ruhr seien, würde es das Land nicht verstehen, wenn die jetzige Regierung sich weigern sollte, die Truppen zurückzuziehen.

*

Anderseits wird jedoch gemeldet:

WTB. **Paris,** 13. Aug. Der Londoner Sonderkorrespondent des „Temps" stellte erhebliche **Meinungsverschiedenheiten** zwischen der **französischen** und **belgischen** Delegation in der Frage der **militärischen Räumung** des Ruhrgebiets fest. **Theunis** sei für eine **sofortige Räumung** und habe daraus keinen Hehl gemacht. Belgien verlange keinerlei Kompensationen als Gegenleistung für diese Räumung. Es stelle keine dahingehenden Forderungen auf. Frankreich habe zwar offiziell die Frist der weiteren militärischen Besetzung auf ein Jahr eingeschränkt; möchte aber gerne eine weitergehende Einschränkung in den Verhandlungen ausnützen. Die beiden Vorschläge stimmten also keineswegs überein, und es sei einigermaßen natürlich, daß Theunis es Herriot überlasse, die Verhandlungen mit den deutschen Ministern einzuleiten. Gestern abend sei zwar anscheinend eine für Frankreich günstige Aussprache erfolgt, aber es sei heute nach 4 Wochen ohne Zweifel zu spät, für eine wirksam gegenseitige Unterstützung zwischen Frankreich und Belgien. — Dagegen glaubt der Sonderberichterstatter des „Petit Parisien", daß die gestrige französisch-belgische Auseinandersetzung ein Zusammenarbeiten wieder ermöglicht habe.

WTB. **London,** 13. Aug. Die „Times" schreibt: Die mit der Londoner Konferenz parallel laufenden Erörterung über die **militärische Räumung des Ruhrgebietes** wurden gestern **ohne ausgesprochenen Fortschritt** fortgesetzt. Es verlautet, daß die Franzosen für die Räumung noch keinen Zeitpunkt genannt hätten; aber daß diese geneigt wären, die Grundlagen des Handelsabkommens zu erörtern. Seydoux und Clementel seien gestern mit **Luther** zusammengekommen. Es wurde vorgeschlagen, daß die Einzelheiten des Abkommen im Oktober in Paris oder Berlin erörtert werden sollen. — Wie die „Times" weiter meldet, wurde vereinbart, daß **heute Vormittag** erstmalig eine Zusammenkunft zwischen den Deutschen, Franzosen und Belgiern stattfinden soll.

Die Eisenbahnfrage

WTB. **Paris,** 13. Aug. Der Petit Parisien will wissen, daß der französische Minister für öffentliche Arbeiten zu der Konferenz berufen wurde, um einen Plan zur Errichtung einer **Ruhreisenbahngesellschaft** aufzustellen, völlig verschieden von der Gesellschaft für den Betrieb der rheinischen Eisenbahnen. Es sei unerläßlich, fügt das Blatt hinzu, Vorsorge für den Fall zu treffen, daß Deutschland seine Verpflichtungen nicht erfüllt, den Sachverständigenplan verleugnet und es nötig macht, das Ruhrpfand von Neuem zu beschlagnahmen.

Die deutsch-französischen Handelsbeziehungen

WTB. **London,** 12. Aug. Der französische Finanzminister **Clementel** brachte gestern gegenüber dem Außenminister Dr. **Stresemann** den Wunsch zum Ausdruck, daß die beiderseitigen Regierungen bevollmächtigte Unterhändler ernennen möchten, welche am 1. Oktober in **Paris** zusammenkommen sollten, um über den deutschen und französischen **Warenverkehr,** nach dem 10. Januar 1925 weitgehende Abmachungen zu treffen. Die Verhandlungen sollten grundsätzlich im Geiste eines möglichst weitgehenden Entgegenkommens auf beiden Seiten geführt werden. Die deutsche Regierung kann sich mit der Führung der Verhandlungen im Geiste paritätischer Gegenseitigkeit einverstanden erklären.

Der französische Finanzminister Clementel brachte weiter eine **Verlängerung** der im Versailler Friedensvertrag für **Elsaß-Lothringen** vorgesehenen **Zollfreiheit** mit der Begründung in Anregung, daß dieses Recht des Vertrages nicht hätte ausgenützt werden können.

Dieser Standpunkt der Franzosen kann von Deutschland in keiner Weise anerkannt werden.

*

Der Sonderberichterstatter des „Matin" macht mehrere Angaben, insbesondere über die französischen Forderungen zugunsten des **Elsasses.** Es dürfe nicht sein, schreibt er, daß am 10. Januar plötzlich die elsässischen Weber und Weinbauer von der Ausfuhr nach Deutschland abgeschnitten würden. **Luther** habe eingewandt, daß durch das Elsaß französische Ware ohne Kontrolle und in unbegrenzter Menge nach Deutschland hineingelangen könnte. Es sei darauf hingewiesen worden, daß man französischerseits bereit sei, die Zufuhr zu **kontingentieren.** Darauf habe **Luther** geltend gemacht, daß Frankreich sich durch seine Abmachungen über die Sachlieferungen auf Reparationskonto bereits erhebliche Vergünstigungen verschafft habe, worauf ihm erwidert worden sei, daß durch den künftigen Handelsvertrag auch Deutschland Vergünstigungen erlangen könnte und daß man nicht an eine Druck- oder Gewaltpolitik denke. Schließlich sei man zu dem Ergebnis gelangt, daß man schon jetzt die Verhandlungen in London über einen modus vivendi aufnehmen wolle. Clementel habe deshalb das Mitglied des Sachverständigengutachtens Serrays nach London gebeten und auch aus Berlin würden zwei Mitarbeiter Tredelenburgs erwartet.

Nach dem Sonderberichterstatter des „Petit Parisien" enthält das **Memorandum über die wirtschaftlichen modus vivendi** Verhandlungen zwischen Frankreich und Deutschand, das Finanzminister **Clementel** vorgestern der deutschen Delegation überreichte, im wesentlichen folgende Punkte:

1. Für **Frankreich:** Meistbegünstigung ohne Gegenseitigkeit für Deutschland, wobei jedoch gewisse wirtschaftliche Vergünstigungen für Deutschland vorgesehen sind.
2. Für **Elsaß-Lothringen:** Fortsetzung des Vorzugsregimes, das zurzeit seine nach Deutschland zollfrei eingeführten Waren genießen.
3. Eine französische Beteiligung an den **Ruhrbergwerken.**

Die gestrigen Besprechungen zwischen **Clementel** und **Luther** im Beisein ihrer Sachverständigen Seydoux und Trendelenburg haben die Debatte erheblich erweitert und die Notwendigkeit erwiesen, zahlreiche Fragen für ein vertieftes Studium zurückzustellen. Sie werden an einen **französisch-deutschen Sachverständigenausschuß** verwiesen.

*

WTB. **Paris,** 13. Aug. Der Sonderberichterstatter der Havasagentur in London meldet über die Unterredung, die gestern nachmittag zwischen Finanzminister **Luther** und Staatssekretär **Trendelenburg** mit dem französischen Finanzminister stattfand, die Unterredung habe sich auf die Bedingungen des **deutsch-französischen Handelsabkommens** bezogen. Es sei vereinbart worden, daß bis zum endgültigen Abschluß des Handelsvertrages ein vorläufiger modus vivendi zwischen den beiden Ländern gelten solle. Dieser modus vivendi werde vor dem Abschluß der Londoner Konferenz in seinen Grundzügen festgesetzt werden. In französischen und deutschen Kreisen zeige man die gleiche Befriedigung über das bisherige Ergebnis der wirtschaftlichen Verhandlungen.

Kabinettsrat in Paris

WTB. **Paris,** 13. Aug. Heute Nachmittag findet ein **Kabinettsrat** statt, in dem der Zeitpunkt des Wiederzusammentritts von **Kammer** und **Senat** festgesetzt werden soll. Nach dem „Matin" wird das Parlament am 20. August zusammentreten.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

WTB. **London**, 13. Aug. Wie verlautet, hätten **Großbritannien und Italien**, ebenso wie **Frankreich** und **Belgien**, **Deutschland den Wunsch** mitgeteilt, **Handelsabkommen** abzuschließen.

Die Reparationsanleihe

In der nächsten Zeit dürfte die Frage der **Beschaffung der Reparationsanleihe** stärker in den Vordergrund treten. Der „Daily Telegraph" nennt eine Verzinsung von sieben Prozent bei einem Emissionspreis von dreiundneunzig für wahrscheinlich, während die Garantiebanken zu 91.5 unterschrieben haben. In amerikanischen Kreisen war die letzte Ziffer der „Frankf. Ztg." zufolge sieben Prozent bei etwa Achtzig. Hierzu kommen noch beträchtliche andere Unkosten der Emission und Amortisation. Aber abgesehen von den finanziellen Bedingungen bleibt noch die Frage der **Sicherstellung der Anleihe** zu regeln, und sowohl dabei, wie später bei den privaten Krediten, dürfte sich mehr als bisher zeigen, daß weder die Engländer noch die Amerikaner aus Idealismus das Geld geben. Der Abschluß des Kreditabkommens eines großen süddeutschen Hauses mit Montague, das kürzlich zustandekam und bei dem englischerseits tief in die Kontrollrechte des deutschen Konzerns eingegriffen wurde, dürfte die Tendenz für einen solchen künftigen Sterling- oder Dollarsegen aufzeigen.

*

New York, 12. Aug. Der amerikanische Bankier Otto **Kahn**, bei seiner Rückkehr aus Europa über die Zukunft der deutschen Anleihe befragt, sagte voraus, daß die Anleihe schon in der allernächsten Zukunft untergebracht sein werde. Edgar **Cisson**, der Vizepräsident der Bankers Trust Co. erklärte: „Meiner Ansicht nach wird die ganze Angelegenheit **binnen 14 Tagen** geregelt sein. Die Aussichten sind **sehr hoffnungsreich**."

Noch keine Privatkredite für Deutschland

Vertreter der deutsch-amerikanischen Handelskammer in Newyork äußerten sich der „United Preß" gegenüber dahin, daß der Erfolg des Dawesplanes allmählich den Zufluß amerikanischen Goldes nach Deutschland beschleunigen würde. Die Kammer erklärt, daß amerikanische Handelsleute Tausende von Briefen erhalten haben, worin sie um Kredite ersucht werden, die sich auf mehrere Milliarden Dollar belaufen. Diese Kredite sollen zur Finanzierung des deutschen Handels nach der Durchführung des Sachverständigenprogramms angewendet werden. Von vielen dieser Handelsleute befragt, erteilte die Handelskammer den Rat, es sei **unklug**, wenn nicht unmöglich, vorläufig die gewünschten Kredite, zu gewähren ehe die Reparations- und die Ruhrbesetzungsfragen erledigt seien. Die Kammer begründet diese Ansicht durch den Unwillen aller amerikanischen Geldgeber, das **Risiko** solcher Geschäfte auf sich zu nehmen, so lange noch die Möglichkeit bestehe, daß Frankreich die Politik der Beschlagnahme und der Sanktionen wieder einleiten oder in Deutschland katastrophale Steuern erzwingen könne, um Reparationen sicherzustellen. Die erfolgreiche Durchführung des Dawesplanes würde es jedoch vielen deutschen Konzernen ermöglichen, die gewünschten Kredite zu bekommen.

Der Reichstag und die Londoner Verhandlungen

In parlamentarischen **Berliner Kreisen** rechnet man dem Berliner Tageblatt zufolge auf Grund der aus London vorliegenden Meldungen damit, daß die Konferenz wahrscheinlich in den letzten Tagen dieser Woche zu Ende sein wird. In diesem Falle dürfte der **Reichstag** bereits anfangs nächster **Woche** zusammentreten, um sich mit den Gesetzentwürfen zur Durchführung des Dawesgutachtens zu beschäftigen.

*

Berlin, 13. Aug. Die in Berlin verbliebenen Mitglieder des **Reichskabinetts** traten laut „„B. T." gestern zu einer Besprechung der schwebenden Fragen zusammen.

Einwendungen der deutschen Rechtspresse

Eine Reihe von Berliner Zeitungen, insbesondere die **Rechtspresse**, zeigt sich mit dem in London bisher Erreichten wenig zufrieden. Auch wird von den Blättern der in den Reutermeldungen zum Ausdruck kommende Optimismus hinsichtlich der in London noch zu regelnden Fragen nicht geteilt. Vor allem betrachtet man die Aussichten für eine Einigung in der Frage der **Räumung** des Ruhrgebietes als nicht gerade hoffnungsvoll. Die „Kreuzzeitung" erklärt es für selbstverständlich, daß die Hinausschiebung der Räumung um ein weiteres Jahr, wie sie nach Pariser Meldungen von den Franzosen vorgesehen sein solle, von der deutschen Delegation entschieden abgelehnt werde. Auch wird von den Blättern betont, daß die notwendige **Zweidrittelmehrheit** des Reichstages für das Sachverständigengutachten nicht zu erhalten ist, wenn nicht das gesamte Sanktonsgebiet innerhalb kürzester Frist geräumt wird.

Politische Neuigkeiten

Der Dank des Reichspräsidenten

Der **Reichspräsident** hat dem WTB. folgende Zuschrift zur Veröffentlichung übergeben:

„Mir gingen anläßlich des diesjährigen Verfassungstages aus allen Gauen Deutschlands in überaus großer Anzahl Kundgebungen von Ortsgruppen des Reichsbanners **„Schwarz-Rot-Gold"** anderen republikanischen Vereinigungen und von verfassungstreuen, versammelten deutschen Frauen und Männern und einzelnen Personen zu, die alle einzeln zu erwidern mir leider nicht möglich ist und so muß ich mich begnügen, denen, die an diesem Tage des Repräsentanten der deutschen Republik gedachten, auf diesem Wege herzlichst zu danken.

Alle Telegramme und Zuschriften enthalten ein **Treuegelöbnis** zur Verfassung von Weimar und zu dem in der deutschen Republik geeinten deutschen Volke, Aus dem Gesamtbild schließe ich, daß die große Mehrheit der deutschen, namentlich werktätigen Volksgenossen fest und entschlossen ist, auf dem Boden der verfassungsmäßigen Staatsordnung den Weg weiter zu gehen, der zur **Freiheit und besseren Zukunft** Deutschlands führen wird.

Die Frage der Gütertarif-Ermäßigung

In der verflossenen Woche fand im Reichsverkehrsministerium eine Sitzung des ständigen Ausschusses des Reichseisenbahnbeirats statt, in der eine **Herabsetzung der Gütertarife** dringend **gefordert** wurde. Wie das Reichsverkehrsministerium nunmehr ergänzend mitteilt, hat der Reichsverkehrsminister eine Zusage, die Wünsche des Ausschusses, der nur beratende, nicht beschließende Funktionen besitzt, zu erfüllen, noch nicht geben können, da die **Prüfung** der wirtschaftlichen Möglichkeit eines **Tarifabbaues noch immer nicht beendigt ist.** Man nimmt dagegen an, daß in der nächsten Sitzung des ständigen Ausschusses vom Verkehrsministerium nähere Angaben gemacht werden können.

Die Micumverhandlungen vertagt. Dienstag waren in **Düsseldorf** die Verhandlungen zum Zwecke der Verlängerung des Micumvertrages des Zweckverbandes der Metallindustrie angesetzt worden, die aber im Hinblick auf die Londoner Verhandlungen um acht Tage **vertagt** worden sind.

Die Lage der Sozialversicherung

Unter dem Titel **„Wiederherstellung der Sozialversicherung"** gibt Ministerialdirektor **Grieser**, Leiter der Abteilung für Sozialversicherung im Reichsarbeitsministerium in der neuesten Nummer des Reichsarbeitsblattes einen Überblick über die Lage und die Entwicklung der Sozialversicherung. Wir entnehmen der Darstellung folgendes:

Die Sozialversicherung hat die schwere Notlage, die sie während der Inflation durch den Vermögensschwund und den Beitragsausfall erfuhr, im Wesentlichen überwunden. Mit der vorläufigen Währungsbefestigung begann die erfolgreiche **Wiederaufbauarbeit.** Am raschesten stellten sich die **Krankenkassen** um. Sie umfassen jetzt 18 Millionen Versicherte, an Beiträgen werden im Allgemeinen 6 Prozent des Grundlohnes erhoben — infolge veränderter Lohn- und Preisverhältnisse mehr als vor dem Kriege, im Ertrag aber nicht mehr als früher. Der Versicherungsbedarf beträgt 750 Millionen Goldmark jährlich. Gelungen ist aber auch die Hebung der Leistungen.

Neu ist insbesondere die Familienwochenbeihilfe, die in etwa 600 000 Fällen jährlich eintritt. Zugenommen hat auch die Familienkrankenpflege als freiwillige Mehrleistung. Im ganzen überwiegen heute die Sachleistungen gegenüber dem Krankengeld Die Verordnung des Reichsarbeitsministers vom 31. Juli erhöhte die Leistungen der Invalidenwochenbeihilfe von 30 M. auf insgesamt 50 M. (Beihilfe, Wochengeld und Stillgeld). Davon trägt das Reich die Hälfte. Der Reichszuschuß beträgt 20 Millionen M. jährlich.

Die auf **Rücklagen** aufgebaute Invalidenversicherung befand sich in besonderer Not, allein an Zinsen erleidet sie einen dauernden Ausfall von 60 bis 70 Millionen M. jährlich; die Zahl der **Rentenempfänger verdoppelte** sich gegenüber der Vorkriegszeit. Gleichwohl wird die Versicherung ihren Aufgaben wieder gerecht. Die Witwen- und Waisenrenten sind gegen die früheren sogar erhöht. Trotz der erhöhten Ausgaben wird das Beitragsaufkommen von 360 Millionen M. (nur 40 Millionen M. mehr als 1913) ausreichen. Darin kommt die größere Wirtschaftlichkeit des Umlageverfahrens gegenüber dem Anwartschaftsdeckungsverfahren zum Ausdruck Der **Zuschuß des Reichs** beträgt für das laufende Haushaltsjahr 110 Millionen M. (im Jahre 1913 58 Millionen M.), auf den Tag trifft eine Rentenausgabe von 1 Million M. (1913 ½ Million Mark). Besondere Sorgfalt wird auf das Heilverfahren verwendet.

Die erst 1913 eingeführte **Angestelltenversicherung** umfaßt 1,6 Millionen Versicherte. Da die Wartezeiten zum großen Teil noch laufen, die Leistungen also erst zum geringeren Tei begonnen haben, wäre die Aufwertung hier leichter. Das Ruhegeld beträgt 30 M., die Witwenrenten 18 M. und die Waisenrente 15 M. monatlich.

In der Angestellten- und Invalidenversicherung wird auf die Dauer und die Höhe der Versicherung nunmehr wieder durch einen Steigerungsbeitrag Rücksicht genommen.

Die **Unfallversicherung** schützt jetzt 24 Millionen Arbeiter mit einem Aufwand von 110 Millionen M. Die Leistungen werden in allernächster Zeit wieder auf die frühere Höhe gebracht, wobei Schwerverletzte noch eine besondere Berücksichtigung erfahren sollen. Auch auf den Familienstand wird, und zwar durch **Kinderzuschüsse**, Rücksicht genommen. Die Unfallversicherung wird eine Ausdehnung auf die Gastwirtschaften und Verkaufsgeschäfte erfahren Bestimmte Berufskrankheiten sollen einem Unfall gleichgestellt werden.

Als **Zukunftsziele** der Sozialversicherung kennzeichnet der Verfasser Klarheit, Übersichtlichkeit und **soziale Gerechtigkeit.** Mit eindringlichen Worten weist er abschließend die Unentbehrlichkeit einer angemessenen Sozialversicherung zur Ergänzung des Lohnes nach.

Ernste Lage im Sudan

Nach in **London** eingetroffenen Meldungen veranstalteten die **Kadetten der Militärschule in Khartum** mit Gewehren einen Zug durch die Stadt. Ihnen folgte eine große Menschenmenge, die von der Polizei rasch zerstreut wurde. Die Kadetten, die sich weigerten, die Waffen abzugeben, wurden von einer Kompagnie britischer Truppen umzingelt, entwaffnet und verhaftet. Auch in **Port Sudam** veranstalteten die Mannschaften eines ägyptischen Eisenbahnbataillons Kundgebungen. Ein britisches Bataillon wird nach dem Sudan zur Verstärkung der dortigen britischen Truppen entsandt.

Reuter meldet aus **Kairo**: Eine Abteilung ägyptischer Soldaten, die bei **Abbara** im Sudan mit Eisenbahnarbeiten beschäftigt waren, griffen eine Abteilung Engländer mit Steinwürfen an. Die Engländer gaben Feuer, wobei sie 10 der Angreifer töteten und 9 verwundeten.

„Evening Standard" schreibt, eine Reihe von Ausschreitungen und Kundgebungen, die von ägyptischen Agitatoren organisiert seien, hätten im Sudan eine **ernste Lage** geschaffen. In maßgebenden Kreisen sei man der Ansicht, daß diese Entwicklung die bevorstehenden Verhandlungen zwischen der britischen Regierung und Ägypten beeinträchtigen werde.

Kurze Nachrichten

Zum Gedächtnis des deutschen Volkes für die Opfer des Weltkrieges wurde vom Bildhauer **Encke** eine Plakette entworfen, die in schlichter, künstlerisch-eindringlicher Form, dem Gedanken Ausdruck verleiht, daß der lebende Geist unserer Toten für den Wiederaufbau des deutschen Vaterlandes leitendes Symbol sein soll. Die Plakette kostet 20 M. Das aus ihrem Verkauf erlöste Geld soll einem Fonds zur Errichtung eines Denkmals des deutschen Volkes für seine Gefallenen zugeführt werden.

Die Entlassung Seißers. Der bayrische Staatsminister des Innern hatte durch Entschließung vom 8. Mai und 20. Juni 1924 den Polizeiobersten von **Seißer** entlassen. **Seißer** legte gegen diese Entscheidung des Ministeriums beim Staatsgerichtshof Beschwerde ein. Dieser Beschwerde hat der Staatsgerichtshof mit Beschluß vom 31 September **stattgegeben.** Die Begründung führt unter anderem an, die Polizeibeamten hätten ein gesetzliches Recht darauf, so lange im Amte belassen zu werden, als nicht einer der im Gesetze vorgesehenen Entlassungsgründe vorliege.

Volksentscheid in Schaumburg-Lippe. Der Ordnungsblock in Schaumburg-Lippe hat bereits vor einem Monat die **Auflösung des Landtages** beantragt. Dieser Antrag wurde s. Zt. abgelehnt. Der Ordnungsblock versucht nun seinen Willen durch einen **Volksentscheid** durchzusetzen. Die Regierung hat seinem Verlangen stattgegeben. Der Stichtag wurde auf 21. August festgesetzt

Zusammenstöße in Leipzig. Nach einer Blättermeldung aus **Leipzig** kam es dort am Sonntag mittag im Anschluß an eine kommunistische Versammlung zu ernsten **Zusammenstößen** zwischen Versammlungsteilnehmern und Polizei. Ein Polizeibeamter mußte von der Schußwaffe Gebrauch machen und verletzte einen Kommunisten schwer, so daß er auf dem Transport zum Krankenhaus **verstarb.** Es wurden verschiedene Verhaftungen vorgenommen.

Schweizerisches Einreiseverbot für Russen. Nach Blättermeldungen hat der schweizerische Bundesrat ein allgemeines Einreiseverbot für russische Staatsangehörige **erlassen.**

Spanien hält an seinem Marokkoplan fest. Wie Havas aus Satander meldet hat General **Primo de Rivera** ein Kommuniquee des Inhalts **veröffentlicht**, daß das Direktorium an seinem **Marokkoplan** trotz aller Schwierigkeiten durch **die** aufständischen Elemente **festhalten werde.**

Badischer Teil

Der badische Landesverband für Bienenzucht

hielt am Montag im städtischen Kurhaus in **Donaueschingen** seine Hauptversammlung ab, zu der die Vorsitzenden der Gaue und Vertreter von ungefähr 120 Bezirksvereinen aus dem ganzen badischen Land erschienen waren. Der Vorsitzende begrüßte alle Erschienenen herzlich, besonders den Vertreter der Regierung, Oberamtmann **Wöhrle**-Donaueschingen, den Landtagsabgeordneten Verbandsdirektor **Schön**, ferner den Rektor a. D. **Breiholz**-Neumünster, den Präsidenten der Vereinigung deutscher Imkervereine.

Nach dem Tätigkeitsbericht des Vorsitzenden erstreckte sich die Arbeit des Landesvereins auch im vergangenen Vereinsjahr auf die Abhaltung von **Lehrkursen** für Imker. Den Rechenschaftsbericht legte Hauptlehrer **Schüßler**-Weinheim ab. Danach hat die Inflation auch der Vereinskasse des Imkerverbandes starken Abbruch getan. Oberamtmann **Wöhrle** überbrachte die Grüße des badischen Ministeriums des Innern, welches der Imkerei jede Unterstützung zuteil werden lasse.

Hauptlehrer **Falk**-Weinheim berichtete als Obmann für Krankheitsbekämpfung über den Seuchenstand in Baden. Die Zahl der Seuchenverluste sei im vergangenen Jahr zurückgegangen. In 23 Orten seien auf 26 Ständen 82 Völker durch Seuchen vernichtet worden. Die Insel-Wight-Krankheit sei in Baden nicht aufgetreten. Die Darlegungen des Hauptlehrers Falk wurden wesentlich ergänzt und teilweise berichtigt durch einen Freiburger Redner, der Angaben machte über das verheerende Auftreten der Seuche im Bezirk Freiburg, besonders im Wagensteiger Tal, im Glottertal, in Denzlingen und St. Peter. Über die Bekämpfung der Faulbrut referierte Imker Klemm-Rammersweier. Tierarzt **Hierholzer**-Engen forderte den Einbezug der Bienen in das Seuchengesetz. Dieser Antrag stieß auf allgemeinen Widerspruch. Die Seuchenbekämpfung soll den Imkern als Fachleuten selbst überlassen bleiben.

Klemm-Rammersweier machte als Obmann für Verbesserungszucht eingehende Ausführungen und orderte **Leistungszucht** und Heranziehung vieler Belegstellen. **Höfele**-Offenburg äußerte sich als Obmann für Bienenweide und Wanderung dahingehend, daß in allen Orten an freien Plätzen die Anpflanzung von Pflanzen gefördert werden soll, die eine gute Bienennahrung darstellen. Er mahnte zur Verträglichkeit zwischen heimischen und Wanderimkern. Das kaufende Publikum müsse über Qualitätshonig aufgeklärt werden. Der Redner warnte vor Schleuderpreisen beim Honigverkauf und berichtete über die Tätigkeit und Preisbildung der Landesausgleichstellen. Oberlehrer **Sickinger**-Ottersweier berichtete als Obmann für Bienenzuchtbetriebsmittel und redete dem badischen Einheitsstock mit Oberbehandlung das Wort. **Kautzmann**-Rockenau sprach über die Zuckerzuteilung. Rektor **Breiholz** machte zu den verschiedenen in der lebhaften Diskussion angeschnittenen Fragen noch einige Ausführungen, vor allen Dingen bedauerte er, daß für Honig immer noch der gesetzliche Schutz fehle. Notar **Mößinger** lehnte aus Gesundheitsrücksichten eine Wiederwahl als Vorsitzender des Landesvereins ab. An seine Stelle wurde einstimmig Hauptlehrer **Falk**-Weinheim berufen. Rechner blieb Hauptlehrer **Schüßler**-Weinheim, als Schriftführer der Bienenzeitung wurde Hauptlehrer a. D. **Roth**-Karlsruhe, der schon 43 Jahre im Dienste des Landesvereins steht, berufen. Als nächster Tagungsort in zwei Jahren wurde **Freiburg** bestimmt, wo auch eine Tagung der Deutschen Imkerverbände stattfinden soll.

Großer „Republikanischer Tag" in Mannheim

Am 27. und 28. September d. J. veranstaltet, wie schon kurz mitgeteilt, das Reichsbanner Schwarz-rot-gold in Mannheim einen großen „Republikanischen Tag" für ganz Südwestdeutschland, woran Zehntausende ehemaliger Frontsoldaten aus allen Gauen Deutschlands und Deutschösterreichs, sowie der besetzten und verloren gegangenen Gebiete teilnehmen werden. Die Veranstaltung ist verbunden mit der Enthüllung eines Denkmals für den gefallenen republikanischen Reichstagsabgeordneten Dr. **Ludwig Frank** - Mannheim. Samstag: Delegiertentagung, Empfang der mittels Sonderzügen eintreffenden auswärtigen Gäste, abends großer Festakt im Nibelungensaal mit gleichzeitigen Parallelversammlungen in anderen großen Sälen der Stadt, wobei eine Anzahl bedeutender Republikaner und republikanischer Generale sprechen werden. Hierauf Fackelzug. Sonntag: Am Vormittag Denkmals-Enthüllung, nachmittags kameradschaftliches Beisammensein im Nibelungensaal mit hochwertigen künstlerischen Darbietungen. Das Reichsbanner bittet alle republikanischen Frontsoldaten mit Familienangehörigen, sich zahlreich zu beteiligen.

Kommunale Rundschau

Der Bürgerausschuß Bad Dürrheim hat nach Abänderung der Umlage von 48 auf 38 Pfennig den Voranschlag für 1924/25 einstimmig genehmigt.

Die Bürgermeisterwahl in **Offenburg** ist für den 15. September in Aussicht genommen. Der Stadtrat hat beschlossen, den von der sozialdemokratischen Partei präsentierten Bewerber, Gerichtsassessor **Blumenstock**, Villingen, zurzeit Heidelberg, dem Bürgerausschuß zur Wahl vorzuschlagen. An der Wahl ist nicht zu zweifeln, da, wie man hört, das Zentrum auch für ihn eintreten wird und zwar auf Grund des letzten Wahlabkommens, wonach die Zentrumspartei und die sozialdemokratische Partei die beiden Bürgermeister sich garantieren. Der Kandidat wird sich Anfang September den Wählern vorstellen. — In bezug auf die **"Stadthalle"** (früher Union-Saal) ist noch keine Einigung in der Verpachtung zustande gekommen. Der in der letzten Bürgerausschußsitzung gegebenen Anregung betr. **Obstausstellung** beschloß der Stadtrat näherzutreten.

Aus der Landeshauptstadt

92. Geburtstag. Am Samstag beging Stadtpfarrer a. D. Kirchenrat D. Wilhelm **Brückner**, einer der ältesten Mitbürger, seinen 92. Geburtstag.

Städt. Konzerthaus. Auf die heute Mittwoch stattfindende Erstaufführung der Operettenneuheit **„Der Fürst von Pappenheim"** sei hiermit nochmals hingewiesen. Das Stück wurde überall mit größtem Erfolg aufgeführt und wird auch sicher hier viel Beifall finden. Leiter der Aufführung ist Direktor Steffter; die musikalische Leitung hat Kapellmeister Mürl. — Morgen Donnerstag und täglich wird ebenfalls „Der Fürst von Pappenheim" wiederholt. Für kommende Woche sind noch einige Wiederholungen von „Mädi", „Familie Raffke" und „Die schöne Rivalin" vorgesehen, während als nächste Operette **„Hoheit tanzt Walzer"** vorbereitet wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Kurze Nachrichten aus Baden

DZ. **Heidelberg**, 12. Aug. Der **Verfassungsfeiertag** wurde hier durch keinen offiziellen Festakt begangen, jedoch hatte die Stadtverwaltung auf den Vormittag ein Stadtgartenkonzert und die Preisverteilung an langgediente Feuerwehrleute und auf abends eine Schloßbeleuchtung angesetzt, die bei herrlichem Wetter unter Anwesenheit von zehntausenden von Fremden tiefen Eindruck hinterließ. Die sozialdemokratische Partei feierte den Gedenktag der Verfassung in einem Waldfest am Sonntag nachmittag.

Heidelberg, 9. Aug. Universitätsprof. Geheimrat Dr. Otto **Mayer** ist im Alter von 79 Jahren hier gestorben. Er wirkte von 1881—1902 in Straßburg und dann in Leipzig als Lehrer des Verwaltungsrechts und Kirchenrechts. Seit einigen Jahren lebte er hier im Ruhestand.

* **Edingen**, 11. Aug. **Verfassungsfeier.** Die Gedenkfeier der Verfassung wurde dahier in einfacher, aber schöner Weise begangen. Nachdem die Glocken den Festtag eingeläutet hatten, begann um halb 10 Uhr die Feier in der Schule; anschließend hieran wurden an die Schulkinder Brezel verteilt, was hellen Jubel auslöste. Um halb 11 Uhr wurden an 4 Feuerwehrleute die Auszeichnung für 25jährige Dienstleistung durch den Bürgermeister überreicht; der Bürgermeister hob hervor, daß der heutige Verfassungstag für die zur Auszeichnung heranstehenden Feuerwehrmänner ein besonderer Erinnerungstag sei und behändigte ihnen seitens der Gemeindeverwaltung ein künstlerisch ausgeführtes Diplom. Inzwischen war es Zeit zur Hauptfeier geworden, die durch Gesangsvorträge der beiden Männergesangvereine eingeleitet wurde. Bürgermeister Reinle sprach über die neue Verfassung, den neuen Staat und die Rechte und Pflichten der Deutschen. Wenn jemals, so gelte es heute, den nationalen Gedanken, das Deutschtum in unserem Volke zu pflegen, denn nur durch ein starkes Nationalbewußtsein und durch eigene Kraft könnten wir uns aus der Not befreien. Mit einem Hoch auf die junge Republik und das deutsche Vaterland schloß die Feier.

DZ. **Philippsburg**, 12. Aug. Anläßlich des 25jährigen Bestehens des **Gewerbevereins Philippsburg** findet am 15., 16. und 17. August in der städtischen Turnhalle eine große **Jubiläumsausstellung** des hiesigen Handwerks statt.

DZ. **Knielingen**, 12. Aug. Von den im Monat März nach Paraguay Ausgewanderten, trafen gestern abend drei **zurückgekehrte Auswanderer** in Knielingen ein.

DZ. **Baden-Baden**, 13. Aug. Als Opfer eines **schweren Autounfalls** ist am Samstag abend der Besitzer des Hotels Gunzenbachhof in Baden-Baden, Felix **Elger**, im Krankenhaus gestorben. Das Auto, in dem Elger in Begleitung einiger hiesigen Hotelbesitzer in der Nacht zum 3. August von einem Jagdausflug heimkehrte, stieß bei Schwarzenbach bei Sturm und Regen auf ein Holzfuhrwerk, dessen Ladung Elger in die Brust traf und auch das Gesicht schwer verletzte. Dem Unglücklichen wurde der Brustkorb eingedrückt, die Lunge gequetscht, mehrere Rippen zerbrochen, das Gesicht aufgerissen und die Zähne herausgeschlagen. Lebensgefährlich verletzt wurde er ins Krankenhaus nach Baden-Baden gebracht, wo er, hin und wieder bei Bewußtsein, unter den entsetzlichsten Schmerzen nahezu acht Tage lang mit dem Tode rang.

DZ. **Kehl**, 12. Aug. Die Feier des **Verfassungstages** ist hier sehr ruhig verlaufen. Die öffentlichen Gebäude hatten geflaggt. Für beide Konfessionen fanden Festgottesdienste statt. An dem in der Friedenskirche stattfindenden Gottesdienst nahm auch die freiwillige Feuerwehr teil.

DZ. **Offenburg**, 9. Aug. Zum Nachfolger des Generals Michel, des seitherigen französischen Brückenkopfkommandanten des Brückenkopfes Kehl-Offenburg, ist General Boquet ernannt worden. Derselbe hat den Dienst bereits übernommen.

DZ. **Lahr**, 10. Aug. Am Freitag abend fand hier die Gründungsversammlung der Ortsgruppe Lahr des **Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold**, des Bundes der republikanischen Kriegsteilnehmer statt. Der zweite Vorsitzende der Ortgruppe Freiburg Scheer sprach dabei über das Thema: „Warum schließen wir uns im Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold zusammen?" und erläuterte die Ziele und Zwecke des Bundes.

DZ. **Reichenau**, 13. Aug. Am Sonntag starb hier der Geistliche Rat Anton **Freund**. In Mannheim-Neckarau, wo er 35 Jahre lang als Geistlicher wirkte, feierte er vor vier Wochen sein goldenes Priesterjubiläum.

Friedrichshafen, 11. Aug. Auf dem **Bodensee** herrschte gestern ein **orkanartiger Weststurm**, der an dem ganzen deutschen Ufer des Sees großen Schaden anrichtete. Zwei Insassen eines Botes, ein Major a. D. namens Hummel und seine zehnjährige Nichte, wurden über Bord gespült und ertranken, während der Sohn des Majors im Boot auf dem Wasser trieb und erst am Morgen geborgen werden konnte.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	13. August		12. August	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	163.74	164.56	164.19	165.01
Kopenhagen 100 Kr.	67.33	67.57	67.83	68.17
Italien . . 100 L.	18.95	19.05	19.00	19.10
London . . 1 Pfd.	19.01	19.11	19.100	19.200
Newyork . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . 100 Fr.	23.44	23.56	23.98	24.10
Schweiz . 100 Fr.	79.10	79.50	79.20	79.60
Wien 100 000 Kr.	5.94	5.96	5.94	5.96
Prag . . 100 Kr.	12.49	12.55	12.49	12.55

Zuteilung überall 100 Prozent

Geschäftsaufsicht. Über das Vermögen des Otto **Glattacker**, Autoreparaturwerkstätte in **Weil**, wurde am 1. August 1924 mit Wirkung von abends 5 Uhr die Geschäftsaufsicht angeordnet. Aufsichtsperson ist Rechtsanwalt Baumann in Lörrach.

Vom Weingeschäft. Zurzeit ist es im Markgräflerland im **Weingeschäft**, von einzelnen Kaufabschlüssen über kleinere Quanten abgesehen, ziemlich ruhig. Die Preise betrugen bei diesen Verkäufen 150 Mark aufwärts per Ohm 1923er. Die Reben zeigen einen guten Stand.

Für Wiederherstellung des Bankgeheimnisses. Der Zentralverband des deutschen Bankiergewerbes, der Deutsche Genossenschaftsverband, der deutsche Sparkassenverband, der Zentralverband der Deutschen Reiffeisen genossenschaften, der Reichsverband der deutschen landwirtschaftlichen Genossenschaften, der Verband der deutschen öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, der deutsche Industrie- und Handelstag, der Reichsverband der deutschen Industrie und der Zentralverband des deutschen Großhandels richteten an den Finanzminister eine gemeinsame Eingabe, worin sie die dringende Notwendigkeit der vvölligen Wiederherstellung des Bankgeheimnisses im Interesse der wirtschaftlichen Nutzbarmachung des gesamten Kapitalbesitzes betonen.

Verschiedenes

Knut Rasmussen

der Leiter der Expedition zum Studium der Eskimos, von dem seit 15 Monaten nichts mehr gehört worden war, ist in **Kotzbue**, etwa 1500 Meilen nördlich von Nome (Alaska) eingetroffen. Über das Schicksal der Expedition herrscht große Besorgnis.

Staatsanzeiger

Bekanntmachung

Das Konsulat der Vereinigten Staaten von Amerika in Stuttgart.

Anstelle des von seinem Posten abberufenen Herrn Maxwell K. Moorhead ist Herr John E. **Kehl** zum Konsul der Vereinigten Staaten von Amerika in Stuttgart ernannt worden. Derselbe wird zur Ausübung konsularischer Amtshandlungen in Baden hiermit vorläufig zugelassen.

Karlsruhe, den 8. August 1924.

Badisches Staatsministerium
Köhler.

An die Bezirksämter

Nachstehende Bekanntmachung der russischen Botschaft in Berlin ist den in Betracht kommenden Personen alsbald zur Kenntnis zu bringen.

Karlsruhe, den 9. August 1924.

Der Minister des Innern
Remmele

Bekanntmachung

Die Bevollmächtigte Vertretung (Botschaft) der Union der SSR. in Deutschland gibt hiermit allen ehemaligen russischen Kriegsgefangenen und den sei 1920 in Deutschland interniert gewesenen Militärs der Roten Armee, sowohl den Mannschaftspersonen als auch den Offizierspersonen, welche in den gegen die Sowjetmacht kämpfenden Armeen nicht teilgenommen haben, und die nicht früher schon einmal auf Staatskosten in die Union der SSR. heimbefördert wurden, bekannt, daß sie kostenlos transportweise in die Heimat befördert werden können. Dazu haben die erwähnten sich in der Konsular-Abteilung der Botschaft, Berlin, Unter den Linden 7, oder in den Konsulaten der Union der SSR. zu registrieren, um in einen der geplanten Transporte eingeteilt zu werden. Die Kriegsgefangenen und Internierten der Roten Armee, welche in Pommern, Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz wohnen, müssen sich an das Konsulat der U. d. SSR. in Stettin (Kohlmarkt 3) wenden; die in Hamburg, Lübeck, Oldenburg, Westfalen, Hannover, Bremen wohnen, haben sich an das Generalkonsulat der U. d. SSR. in Hamburg (Steinstraße 10) zu wenden. Die in Ostpreußen Wohnenden an das Konsulat d. U. d. SSR. in Königsberg (Köttelstraße 20); Kriegsgefangene und Internierte aus dem hürtgen Reiche wenden sich unmittelbar an die Konsular-Abteilung der Botschaft in Berlin. Die Registrierung geschieht durch Einsendung einer schriftlichen Anmeldung, die folgendes enthalten muß: Name, Vor- und Vatername, Geburtsort und -Datum, den Truppenteil, in welchem der Betreffende gedient, seinen militärischen Rang, wo und wann in Gefangenschaft geraten bezw. interniert, in welchen Lagern und wann sich aufgehalten, ob eine Familie in Deutschland besitzt und deren Bestand, vollständige genaue Adresse in Deutschland.

Der Registrierungstermin wird vom 1. August bis 1. Oktober 1924 festgesetzt.

Der Abtransport der sich rechtzeitig registrierten Personen wird innerhalb besagten Termins und auch später erfolgen.

Die ehemaligen Kiegsgefangenen und Internierten werden nach dem Abbeförderungsort durch personelle Vorladungen aufgerufen. Bis zum Empfang einer solchen Vorladung haben die Kriegsgefangenen an ihrem Wohnort zu verbleiben.

Die ehemaligen Kriegsgefangenen und Internierten der Roten Armee, die sich vom 1. August bis 1. Oktober 1924 nicht registrieren, verlieren das Recht auf kostenlose Heimbeförderung in Zukunft.

Die ehemaligen Kriegsgefangenen und Internierten der Roten Armee, die den Wunsch äußern, ständig in Deutschland zu bleiben, sind verpflichtet, innerhalb derselben Frist, d. h. vom 1. August bis 1. Oktober 1924, sich bei der Konsular-Abteilung der Botschaft der Union der SSR. oder bei den Konsulaten der Union der SSR. nach dem jeweiligen Wohnort des Betreffenden zu registrieren. Die schriftliche Anmeldung muß auch im letzteren Falle nach der oben angegebenen Form eingesandt werden. Nach Ablauf dieser Frist werden an die Säumigen keine Auslandspässe ausgestellt.

Bevollmächtigte Vertretung der Union der Sozialistischen
L. S. **Sowjet-Republiken in Deutschland.**

Aufstellung der Stellenverzeichnisse für Inhaber eines Versorgungsscheins

Bekanntmachung

An die Gemeinden, Sparkassen, Kreise und deren Aufsichtsbehörden.

Die nach §§ 13 und 15 der Anstellungsgrundsätze (Grundsätze für die Anstellung der Inhaber eines Versorgungsscheins) und der Allgemeinen Ausführungsanweisung des Reichsministers des Innern hierzu vom 16. Juli 1923 (RGBl. 1923 Teil I S. 651 und 662) aufzustellenden Stellenverzeichnisse sind der zuständigen Staatsaufsichtsbehörde bis spätestens 1. Oktober 1924 in doppelter Fertigung zur Prüfung und Feststellung vorzulegen. Die Staatsaufsichtsbehörden haben bis 1. Januar 1925 hierher diejenigen Stellen namhaft zu machen, die nach den Stellenverzeichnissen den Versorgungsanwärtern vorbehalten sind. Die Veröffentlichung der Stellenverzeichnisse und ihre Übermittelung an den Reichsminister des Innern — § 16 der Anstellungsgrundsätze — wird von hier aus veranlaßt werden.

Karlsruhe, den 9. August 1924.

Der Minister des Innern
Remmele

Bekanntmachung

Der ärztliche Ehrengerichtshof

Gemäß § 24 Absatz 3 des Gesetzes vom 10. Okto[illegible] über die Rechtsverhältnisse des Sanitätspersonals (G[illegible] Verordnungsblatt Seite 491) werden nach Anhö[illegible] Ärztekammer für die Jahre 1924 bis 1927 ernan[illegible]

a) zu rechtskundigen Mitgliedern des ärztlichen [illegible] richtshofs der Ministerialrat Dr. Scheffelmeier im [illegible] sterium des Innern und der Oberlandesgerichtsrat [illegible] in Karlsruhe;

b) zu deren Stellvertretern der Oberregierungsrat Steh[illegible] berger im Ministerium des Innern und der Oberlandesgerichtsrat Heim in Karlsruhe.

Karlsruhe, den 8. August 1924.

Der Minister des Innern
Remmele

Bekanntmachung

Die Stelle eines Pächters bezw. Verwalters der Gemeindeapotheke in Stetten a. k. M. ist zu vergeben.

Bewerbungen sind unter Anschluß der bei einem Gesuche um eine Personalkonzession erforderlichen Zeugnisse binnen vier Wochen hierher einzureichen.

Karlsruhe, den 9. August 1924.

Der Minister des Innern
Remmele

Bezirksfürsorge u. Wohlfahrtswesen.

Privat-Beamter, 38 Jahre alt, wünscht seine Tätigkeit dem allgemeinen Fürsorge- und Wohlfahrtswesen zu widmen. Derselbe bereitet sich z. Zt. als Volontär auf einem Wohlfahrtsamt für diesen Beruf vor und ist bis 1. Oktober ds. Js. zur Übernahme einer diesbezüglichen Stelle bereit. Gefl. Offerten erbeten unter D. 504 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Mit Zustimmung des Stadtrats und nach Vollziehbarkeitserklärung des Herrn Landeskommissärs vom 1. August wird die Bauordnung für die Landeshauptstadt Karlsruhe vom 29. März 1912 wie folgt geändert:

An der durch die alphabetische Reihenfolge gebotene Stelle der Anlage, Straßenverzeichnis zu § 106 der Bauordnung wird eingesetzt: X.262

Straße	Straßenstrecke	Bauklasse
Hindenburgstraße	zwischen Moltkestraße und Knielingerallee	–
Westseite		11
	zwischen Knielingerallee und Dunkelallee	–
		13

Karlsruhe, den 5. August 1924. O.Z. 94

Badisches Bezirksamt III.

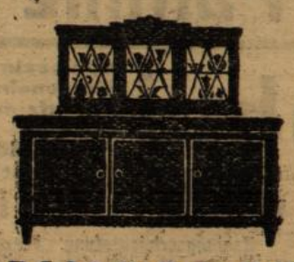
Mit Zustimmung des Stadtrats und nach Vollziehbarkeitserklärung des Herrn Landeskommissärs in Karlsruhe vom 21. Juli 1924 wird die Bauordnung für die Landeshauptstadt Karlsruhe vom 29. März 1912 wie folgt geändert: X.263

§ 109 erhält als weiteren, vierten Absatz folgenden Zusatz:

„In der Tulpenstraße, Schenkendorfstraße, Arndtstraße, Löwenstraße (von der Arndt- bis zur Göhrenstraße), Göhrenstraße, Kleiststraße und Lebrechtstraße sind gewerbliche Anlagen aller Art, auch Wirtschaften, sowie Anlagen, die durch Rauch, Ruß oder Lärm die Nachbarschaft belästigen, verboten. Kleine Verkaufsläden ohne störende Betriebe sind gestattet."

Karlsruhe, den 31. Juli 1924. O.Z. 95

Badisches Bezirksamt III.



HERVORRAGEND
SIND FORM UND GÜTE DER
BAUBUND
MÖBEL
AM RONDELLPLATZ
ECKE ERBPRINZEN U. KARL-FRIEDR.-STR.
EIGENE VERKAUFSSTELLEN:
KARLSRUHE · KARL-FRIEDRICH-STRASSE 22
MANNHEIM · SCHLOSS-RECHTER FLÜGEL
PFORZHEIM · THEATERSTRASSE 15
FREIBURG · METZGERAU 6
OFFENBURG · STEINSTR. 2
MOSBACH · HAUPTSTR. 12

Detektiv Institut -u. Privat-Auskunftei
„Argus" Mannheim O. 6. 6. Planken B. 47 Fernspr. 3305
A. Maler & Co., G. m. b. H

Witwe, 28 Jahre alt, ev., mit einem Kind, von angenehmem Äußeren und größerem Manufakturwarengeschäft wünscht mit Herrn von 30—35 Jahren, welcher in der Branche durch und durch tüchtig ist, in Briefwechsel zu treten zwecks späterer **Heirat**. Nur schriftliche Angebote mit Bild unter D. 503 an die Expedition der Karlsruher Zeitung erbeten.

Bürgerl. Rechtspflege

a. Streitige Gerichtsbarkeit.

X.259 **Kenzingen.**

Über das Vermögen des Fabrikanten **Gustav Huber** in Riegel wurde heute am 8. August 1924, nachmittags 5 Uhr, das Konkursverfahren eröffnet. Der Rechtsanwalt Dreifuß in Emmendingen wurde zum Konkursverwalter ernannt. Konkursforderungen sind bis zum Dienstag, den 2. September 1924, bei dem Gerichte anzumelden. Es wurde Termin anberaumt vor dem diesseitigen Gerichte zur Beschlußfassung über die Beibehaltung des ernannten oder die Wahl eines anderen Verwalters sowie die Bestellung eines Gläubigerausschusses und eintretendenfalls über die in § 132 der Konkursordnung bezeichneten Gegenstände auf **Dienstag, den 26. August 1924, nachmittags 4 Uhr**, und zur Prüfung der angemeldeten Forderungen auf **Donnerstag, den 18. September 1924, nachmittags 3 Uhr.** Allen Personen, welche eine zur Konkursmasse gehörige Sache im Besitz haben oder zur Konkursmasse etwas schuldig sind, wird aufgegeben, nichts an den Gemeinschuldner zu verabfolgen oder zu leisten, auch die Verpflichtung auferlegt, von dem Besitze der Sache und von den Forderungen, für welche sie aus der Sache abgesonderte Befriedigung in Anspruch nehmen, dem Konkursverwalter bis zum 5. September 1924 Anzeige zu machen.

Kenzingen, 8. Aug. 1924.

Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts.